

Vorlage Federführende Dienststelle: Fachbereich Stadtentwicklung und Verkehrsanlagen Beteiligte Dienststelle/n:	Vorlage-Nr: FB 61/1383/WP17 Status: öffentlich AZ: Datum: 03.02.2020 Verfasser: FB 61/010, Dez. III						
Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Mobilitätsausschusses am 30.01.2020 (öffentlicher Teil)							
Beratungsfolge: <table data-bbox="180 667 1382 732"> <thead> <tr> <th>Datum</th> <th>Gremium</th> <th>Zuständigkeit</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>26.03.2020</td> <td>Mobilitätsausschuss</td> <td>Entscheidung</td> </tr> </tbody> </table>		Datum	Gremium	Zuständigkeit	26.03.2020	Mobilitätsausschuss	Entscheidung
Datum	Gremium	Zuständigkeit					
26.03.2020	Mobilitätsausschuss	Entscheidung					

Beschlussvorschlag:

Der Mobilitätsausschuss genehmigt die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Mobilitätsausschusses am 30.01.2020.

Anlage/n:

Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Mobilitätsausschusses am 30.01.2020

N i e d e r s c h r i f t

öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Mobilitätsausschusses

16. April 2020

Sitzungstermin:	Donnerstag, 30.01.2020
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	20:32 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungssaal 170, Verwaltungsgebäude Marschiertor, Lagerhausstraße

Anwesende:

Ratsherr Achim Ferrari

Vorsitzender

Ratsherr Jörg Hans Lindemann

Ratsherr Friedrich Beckers

Ratsherr Peter Blum

Ratsherr Holger Brantin

Ratsfrau Gaby Breuer

Ratsherr Wilfried Fischer

Ratsherr Heiner Höfken

Herr Henning Niessen

Vertretung für: Ratsherr Kaj Neumann

Ratsfrau Ye-One Rhie

Ratsfrau Dr. Heike Wolf

Herr Matthias Achilles

Frau Marianne Conradt

Herr Franz Derichs

Herr Lasse Klopstein

Vertretung für: Herrn Harald
Siepmann

Frau Juliane Schlierkamp

Herr Michael Schulz

Herr Rolf Winkler

Abwesende:

Herr Florian Esser

entschuldigt

Ratsherr Kaj Neumann

entschuldigt

Herr Harald Siepmann

entschuldigt

von der Verwaltung:

Frau Burgdorff

Dez. III

Herr Müller

FB 61

Frau Dr. Roder

FB 61

Frau Ernst

FB 61

Herr Larosch

B 03

Herr Schneider

Dez. III

Herr Costard

Dez. I

Herr Beckers

FB 13

Herr Mehlkopf

FB 61

Herr Pielen

FB 61

Herr Heusch

FB 61

vom Beirat:

Herr Adler

ASEAG

Herr Hansen

ASEAG

als Schriftführerin:

Frau Löhner

FB 61

MA/56/WP.17

Ausdruck vom: 16.04.2020

Seite: 2/19

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**

- 2 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Mobilitätsausschusses am 31.10.2019**
Vorlage: FB 61/1336/WP17

- 2.1 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Mobilitätsausschusses und AVV-Beirats am 21.11.2019**
Vorlage: FB 61/1345/WP17

- 3 **Verkehrsentwicklungsplanung: Beschluss der Mobilitätsstrategie 2030: Teil 2 Ziele und Indikatoren**
Vorlage: FB 61/1333/WP17

- 4 **Intelligente Ampelsteuerung**
Gemeinsamer Ratsantrag von CDU- und SPD-Fraktion vom 11.09.2019
Vorlage: FB 61/1350/WP17

- 5 **Umgestaltung Pontstraße (Abschnitt zw. Driescher Gässchen und Pontdriesch) und Platz am Marienbongard**
hier: Entwurfsplanung
Vorlage: FB 61/1339/WP17

- 6 **Sichere Querungsmöglichkeit auf der unteren Lütticher Straße;**
Antrag der CDU- und SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung Aachen-Mitte vom

23.05.2019

Vorlage: FB 61/1341/WP17

- 7 **Försterstraße - Straßenerneuerung nach Regionetzmaßnahme**
Vorlage: FB 61/1290/WP17
- 8 **Erneuerung Hasbach, Ausführungsbeschluss**
Vorlage: FB 61/1353/WP17
- 9 **Bericht über die Maßnahmen der dritten anlassbezogenen Sitzung der Unfallkommission für das Jahr 2018**
Vorlage: FB 61/1349/WP17
- 10 **Sachstandsbericht Baustellenkoordination**
Tagesordnungsantrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 26.11.2019
Es wird mündlich berichtet.
- 11 **Krugenofen**
Abrechnung der als Hauptverkehrsstraße ausgebauten Erschließungsanlage gemäß § 8 KAG NW zum Zwecke der Erhebung von Beiträgen
Hier: Neuberechnung aufgrund der 1. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG NRW
Vorlage: B 03/0154/WP17
- 12 **Mitteilungen der Verwaltung**
- 13 **Sachstandsbericht zur Mittelverwendung "Maßnahmenpaket Dieselgipfel" und "Emissionsfreier Innenstadtverkehr"**
Vorlage: FB 61/1375/WP17

Nichtöffentlicher Teil

1 Mitteilungen der Verwaltung:

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende Herr Ferrari eröffnet die Sitzung des Mobilitätsausschusses und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses und die Vertreter des Beirats, der Verwaltung, der Öffentlichkeit und der Presse. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest, sowie die Einhaltung der vereinbarten Vertretungsreihenfolge.

Es werden folgende Änderungsanträge zur Tagesordnung (TO) gestellt:

Frau Rhie beantragt

- TOP 7 - Försterstraße – wegen Beratungsbedarfs abzusetzen und
- TOP 8 - Erneuerung Hasbach – zu vertagen, da die BV Kornelimünster/Walheim diesen TOP ebenfalls abgesetzt hat.

Die Anträge werden einvernehmlich angenommen. Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Mobilitätsausschusses am 31.10.2019

Vorlage: FB 61/1336/WP17

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Mobilitätsausschusses am 31.10.2019.

Abstimmungsergebnis:

MA/56/WP.17

Ausdruck vom: 16.04.2020

Seite: 5/19

einstimmig bei 1 Enthaltung wegen Nichtanwesenheit

zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Mobilitätsausschusses und AVV-Beirats am 21.11.2019

Vorlage: FB 61/1345/WP17

Dieser TOP wird zurückgestellt, da die Vorlage noch nicht vorliegt.

zu 3 Verkehrsentwicklungsplanung: Beschluss der Mobilitätsstrategie 2030: Teil 2 Ziele und Indikatoren

Vorlage: FB 61/1333/WP17

Herr Müller hält einen Vortrag, der auch als Anlage zu dieser Niederschrift im Ratsinformationssystem eingestellt ist.

Der Vorsitzende Herr Ferrari schlägt zu dem Abschnitt „Indikatoren der Mobilitätsstrategie“ vor, diese nach den Themenbereichen jeweils einzeln vorzustellen und zu besprechen.

Indikatoren 1 bis 3 - Hohe Verkehrssicherheit:

Herr Müller erläutert die Indikatoren anhand der Tabelle.

Auf die Frage des Herrn Winkler, ob es auch Zahlen über Verkehrsunfälle mit Schwerverletzten mit Aufteilung nach Altersgruppen gibt, antwortet Herr Müller, man könnte dies zwar der Polizeistatistik entnehmen; bei der Erstellung der Indikatoren soll es aber um eine Gesamtübersicht gehen.

Frau Schlierkamp findet Altersgruppen nicht entscheidend, sondern eher die Frage, ob Fahrradfahrer, Autofahrer oder Fußgänger betroffen sind.

Herr Müller erklärt, diese Zahlen würden in einem Unfallbericht zusammengefasst, Punkt für Punkt in der Unfallkommission besprochen und die Beschlüsse später umgesetzt.

Für Herrn Achilles ist die tatsächliche Verkehrssicherheit wichtiger als die gefühlte, deshalb würde er den Indikator auf tatsächliche Unfallzahlen konzentrieren.

Frau Breuer entgegnet, wenn z. B. jemand volltrunken mit 200 Km/h einen Unfall verursacht, heiße das noch nicht, dass die ganze Strecke „falsch“ geplant sei. Allerdings stelle sich die Frage, wie man bewerten soll, wann sich jemand unsicher fühlt.

Herr Müller antwortet, das sei eine spannende Frage. Eine nachvollziehbare Bewertung der subjektiven Sicherheit wär auf jeden Fall ein hilfreicher Indikator.

Frau Burgdorff weist darauf hin, dass dieser Indikator keine unmittelbare Wirkung auf die Verkehrsstrategie habe. Man könnte letzten Endes zu dem Ergebnis kommen, dass der Indikator „gesetzt“ ist und nach 2 Jahren Praxis nachjustieren. Beispielsweise sei in Potsdam eine empirische Untersuchung durchgeführt worden mit dem Ergebnis, dass sich die Menschen tatsächlich sicherer fühlten als in der Presse zu lesen sei.

Indikatoren 4 bis 8 – Umwelt- und stadtverträgliche Mobilität:

Herr Müller trägt vor. Der Wert zu Nr. 6 liege noch nicht vor; das Lärmkataster werde demnächst in der Lenkungsgruppe vorgestellt.

Frau Breuer vermutet, für die im Schaubild zu Indikator 7 (PKW-Bestand und -Dichte) abzulesende erhöhte PKW-Zahl könnte vielleicht Ursache sein, dass es mehr Einwohner gibt. Deshalb sollte die Dichte gewählt werden.

Nach dem Schaubild zu Indikator 5 sei 2018 Grundlage für die CO²-Emissionen. Sie frage nun, ob dabei auch berücksichtigt wurde, dass 2019 das Jahr der Baustellen gewesen sei, mit vielen Staus und Riesenumwegen, die man in Kauf nehmen musste. Demnächst würden auch Straßen umgestellt und viele Änderungen geplant. Sie fragt weiter, ob auch berücksichtigt wird, dass sich zukünftig Voraussetzungen ändern und den freien Ablauf verhindern.

Herr Müller antwortet, der Indikator sei ein Rechenwert; das sei keine Bewertung. Messungen beim NO_x-Wert seien natürlich abhängig von Gegebenheiten wie Baustellen.

Herr Klopstein tendiert auch dahin, den Wert der PKW-Dichte zu nehmen.

Herr Achilles äußert sich darüber erfreut, dass dieses Jahr das Lärmkataster fertig gestellt werden soll und die Belastung mit Zahlen hinterlegt werden könne. Er habe ein Problem mit Nr. 4 (NO²-Mittelwert Wilhelmstraße), denn mit diesem Wert werde gegen das Bundesimmissionsschutzgesetz verstoßen. Er würde sich wünschen, diesen Wert nicht als Indikator zu nehmen, weil er rechtswidrig sei. Man könne nichts Illegales als Indikator benutzen.

Herr Nießen meint, die Tabelle zeige, wie „vermurkst“ die Umweltpolitik sei. Wenn alle weiter machen wie bisher, passiere nichts. Seine Generation habe Angst vor der Zukunft. Es gehe auch darum, aufzurütteln. Er schließe sich der Aussage an, dass man nichts beschließen kann, was rechtswidrig ist.

Frau Rhie stellt klar, die Koalition sei nicht gegen die Anpassung von Indikatoren, sondern offen für Vorschläge. Auch sie halte im Übrigen die PKW-Dichte für aussagekräftig.

Herr Fischer mahnt, die Ausschussmitglieder sollten ambitionierte Politik machen. Als oberstes Ziel sollte stehen, was sie für die Zukunft beschließen können.

Frau Breuer erklärt, es sollte keine Angst geschürt werden. Die Wissenschaftler würden entsprechende Zahlen liefern. Die Welt könne nicht radikal verändert werden. Das führe höchstens zum Gegenteil oder zum Knall. Man müsse Änderungen mit Augenmaß vornehmen. Angst habe jeder im Inneren. Es bringe aber nichts, radikale Änderungen zu beschließen.

Herr Achilles schlägt vor zu beschließen, dass der Ausschuss sich den EU-Richtlinien anschließt.

Herr Ferrari weist darauf hin zu beachten, dass alle Werte an die Umweltbeschlüsse angepasst werden müssten.

Indikatoren 9 bis 12 – Stadt der kurzen Wege:

Herr Müller erläutert die Punkte.

Herr Klopstein findet es nicht angebracht, dass der Bevölkerungsanteil in der Nähe einer Grundschule ein Indikator ist; man müsse Grundschulen auch anfahren. Beim Einzugsbereich eines Supermarktes dürfe es gerne auch 1 km sein.

Indikatoren 13 bis 16 – Gute Erreichbarkeit:

Herr Müller trägt wieder vor.

Es gibt keine Fragen.

Indikatoren 17 bis 21 – Zuverlässige und komfortable Mobilitätsangebote:

Nach einem Vortrag des Herrn Müller hat Herr Fischer Anmerkungen zu 2 Punkten:

- Der Indikator „Pünktlichkeit des Busverkehrs“ müsse zwingend ergänzt werden um den Indikator „Ausfälle/ Teilausfälle“ (z. B. durch Unfall, liegen gebliebenes Fahrzeug, Stau); man könne es auch in die Pünktlichkeit als Erweiterung einrechnen und einen neuen Indikator daraus machen.

- „Auslastung der Busse“ sei einerseits als Indikator gut, auf der anderen Seite leide man an der zu hohen Auslastung. Außerhalb von Auslastungszeiten habe der Wert nur eine schwache Aussage. Es wäre zu späteren Zeiten eher positiv, wenn das Angebot da wäre, auch wenn keine Auslastung gegeben sei.

Herr Müller antwortet, die Verwaltung müsse sich mit der ASEAG in Verbindung setzen, wie solche Themen angegangen werden können. Es sollte nicht darum gehen, immer mehr Menschen in Busse zu packen, sondern die Qualität müsse diskutiert werden. Man könne z. B. das Verhältnis Sitzplätze/

Stehplätze nehmen. Zum Thema Ausfälle erklärt er, diese seien bereits in dem Indikator Pünktlichkeit enthalten; ausgefallene Fahrten werden darin als unpünktliche erfasst.

Für Herrn Lindemann ist der Komfort ein wichtiges Thema, was die Menschen bewegen soll, umzusteigen. Das Thema Busauslastung sei ein wichtiges Kriterium, speziell die Anzahl der Sitzplätze. Die Busse seien besonders morgens, z. B. am Hauptbahnhof, oft viel zu voll. Man brauche mehr Busse und Busfahrer.

Herr Müller merkt hierzu an, die Verwaltung habe den Punkt noch nicht zu Ende diskutiert und er werde die Anregungen mitnehmen.

Indikatoren 22 bis 25 – Effiziente und bezahlbare Mobilität für Stadt und Bürger:

Herr Müller erläutert die Indikatoren.

22) Die PKW-Besetzungszahl sei sehr relevant. Wenn man es schaffen könnte, den Wert von 1,37 zu verdoppeln, wäre das eine enorme Verbesserung.

23) Der Anteil der Haushalte von 11 % bedeute, dass diese auf einen eigenen PKW verzichtet haben.

24) Beim öffentlichen Pedelec-System sei die Zahl der Ausleihvorgänge in Aachen deutlich höher als in anderen Städten. Das sei ein großer Erfolg.

25) Der Preisindex sei wichtig, um die Effizienz des Verhältnisses ÖPNV-/Park-Ticket zu zeigen, z. B. bei Reduktion der Fahrkosten.

Frau Breuer sieht das Carsharing als Beispiel für einen tollen Erfolg ohne Panik, das sich allmählich entwickelt habe. Viele Haushalte hätten den 2. PKW abgeschafft. Kein Erfolg sei die Beobachtung, dass oft eine 2. Person auf den Pedelecs hinten sitze, was nicht erlaubt und gefährlich sei.

Herr Ferrari bemerkt, dass inzwischen mehr Fahrräder angeschafft worden seien, bei denen das nicht mehr möglich ist.

Herr Fischer findet, für den Bürger sei Punkt 25 (Preisindex) nicht sehr lebensnah gestaltet.

Herr Achilles meint, in Aachen sei zwar ein Anstieg bei der Anzahl der Ausleihvorgänge zu verzeichnen, aber das könne noch „nachjustiert“ werden. Bei Punkt 25 bestehe für den Ausschuss nur eine Teilzuständigkeit für einen Beschluss.

Herr Klopstein merkt an, in Sachen „lebensnah“ werde klar: In Aachen brauche man mehr Tandems.

Herr Schulz teilt mit, in der Lenkungsgruppe sei über E-Scooter, die es seit etwa einem Viertel Jahr gebe, noch nicht diskutiert worden, aber die Frage sei, ob man diese nicht auch mit aufnehmen sollte,

ohne genau zu wissen, wie ein Indikator gestaltet werden könnte. Sie zählten sicherlich auch zu den umweltfreundlichen Verkehrsmitteln.

Herr Nießen verneint dies; die E-Scooter hätten eine schlechte Umweltbilanz.

Herr Müller erklärt, die Verwaltung könne das mit aufnehmen, wenn der Ausschuss es ihr aufgabe. Frau Burgdorff teilt ergänzend mit, die Lenkungsgruppe sei auch dafür eingerichtet worden, dass sie Änderungen erfasst und bewertet, also könnte man solche Neuerungen einfließen lassen.

Frau Breuer würde gerne die Diskussion beenden. Man solle sich darauf konzentrieren, dass der Ausschuss diese Planung unterstütze.

Auf die Frage des Herrn Ferrari, wie die 11 % beim Car-Sharing-Anteil erfasst werden, antwortet Herr Müller, die Verwaltung habe sich darauf geeinigt, die Haushalte zu erfassen, die die Möglichkeit haben, das Carsharing zu nutzen, unabhängig davon, ob sie es tatsächlich nutzen.

Der Vorsitzende stellt fest, bisher seien alle Punkte ohne große Widersprüche – außer bei 2 Punkten – besprochen worden. Er schlägt deshalb vor zu beschließen, dass die Werte an die Beschlüsse aus Umweltausschuss und Rat angepasst werden sollen.

Herr Achilles weist auf seinen Einwand über die Rechtswidrigkeit des CO² -Wertes (Nr. 4) hin. Es habe ihn weder im Umweltausschuss noch im Rat gegeben.

Frau Burgdorff schlägt vor, den Beschluss um die aktuelle EU-Gesetzgebung zu ergänzen.

Herr Müller erklärt abschließend, auch wenn das Thema trocken anmute, danke er für die Diskussion und das Akzeptieren der Zahlen. Zum ersten Mal habe sich der Ausschuss auf Zahlen geeinigt, um Ziele darzustellen. Das sei sehr lobenswert. Bisher hätten das erst wenige Kommunen in Angriff genommen. Alle zwei Jahre werde die Verwaltung dem Ausschuss eine Rückmeldung geben.

Es ergeht der folgende

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss beschließt, *die Ziele und Indikatoren der Mobilitätsstrategie 2030 Teil 2 zur umwelt- und städteverträglichen Mobilität, den Beschlüssen aus Umweltausschuss und Rat sowie der aktuellen EU-Gesetzgebung anzupassen.*

Damit verbunden ist der Auftrag

MA/56/WP.17

Ausdruck vom: 16.04.2020

Seite: 10/19

- die 25 Indikatoren regelmäßig zu erfassen,
- die Ergebnisse des Monitorings alle zwei Jahre in einem Lagebericht zu veröffentlichen,
- die Kernaussagen des Dokumentes zusammen mit der Mobilitätsstrategie 2030 Teil 1 als Broschüre gestalten und drucken zu lassen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig bei 3 Enthaltungen

zu 4 Intelligente Ampelsteuerung

Gemeinsamer Ratsantrag von CDU- und SPD-Fraktion vom 11.09.2019

Vorlage: FB 61/1350/WP17

Herr Müller stellt Herrn Pielen vor; er sei für die Digitalisierung von Mobilitätsangelegenheiten zuständig, wovon die intelligente Ampelsteuerung ein Teilbereich sei.

Herr Pielen hält einen Vortrag, der als Anlage zur Niederschrift einsehbar ist.

Herr Lindemann dankt für den interessanten Vortrag, der viele Fragen beantwortete, die im Vorfeld gestellt wurden (z. B. Steuerung des Baustellenverkehrs). Bei der Präsentation der Forschungsvorhaben zeige sich, dass es erfreulicherweise schon sehr viel Konkretes gebe.

Baustellenampeln müssten heute noch manuell umgestellt werden. In der Erzbergerallee beispielsweise habe man den Eindruck gehabt, die Ampel werde nicht angepasst. Der Antrag der Koalition sei gut beantwortet und alle auf den neuesten Stand gebracht worden. Er bitte, in gewissen Zeitabständen den Ausschuss wieder zu informieren.

Herr Fischer erklärt, die intelligente Ampelsteuerung käme zwar den Verkehrsteilnehmern und der Umwelt zugute, das Problem sei aber, dass es in der Stadt zu viel Verkehr gebe. Der Verkehr könne zwar lokal gesteuert werden, problematisch könnte aber die Abfolge mehrerer Ampeln sein, d. h. der Verkehr würde vor sich her geschoben. Außerdem schätze er, dass es kaum Fahrradfahrer geben werde, die sich so ein Gerät an das Lenkrad binden. Das System suggeriere eine Lösung, die es nicht gebe. Auch das Thema Bevorzugung von Bussen finde noch keine Berücksichtigung.

Aachen brauche mehr Ampelsteuerung für Fußgänger, bei der diese an Kreuzungen von allen Seiten „grün“ haben und mehr „grüne Welle“ für Radfahrer, welche beim Radentscheid mitentschieden worden sei.

Frau Burgdorff verwahrt sich - auch zum Schutz der Mitarbeiter der Verwaltung - gegen das Wort „suggerieren“. Die Verwaltung arbeite mit Hochdruck an Lösungen, die hier sachlich vorgetragen würden.

Frau Rhie sieht gerade in Aachen das Potential für intelligente Verkehrssteuerung, weshalb diese Technologie auch ein Anliegen der CDU und SPD sei. Sie verstehe deshalb nicht die Kritik des Herrn

MA/56/WP.17

Ausdruck vom: 16.04.2020

Seite: 11/19

Fischer. Die intelligente Ampelsteuerung könne auch Radfahrern zugutekommen. Das aufzuzeigen sei das Ziel gewesen. Es heiÙe nicht, dass alles andere aus den Augen verloren werde.

In Bezug auf die beiden zur Auswahl stehenden Standards fragt sie, wie gewährleistet werden kann, dass man das richtige System auswählt und nicht auf das falsche setzt.

Herr Pielen antwortet, es sollte zunächst Ende 2019 eine Entscheidung fallen. Nun werde für Mitte 2020 eine Entscheidung auf EU-Ebene erwartet. Zum Wortbeitrag des Herrn Fischer weist er darauf hin, dass es auch die Möglichkeit gibt, beispielsweise Radfahrer zu bevorzugen.

Die Frage der Frau Rhie, ob es für den Ausschuss die Möglichkeit gibt, Unterlagen über die Testphase einzusehen, bejaht er.

Auf die Frage des Herrn Klopstein, wie eine solche intelligente Steuerung reagiert, wenn beispielsweise ein Radfahrer eine Kreuzung blockiert, erklärt Herr Pielen, es gebe u. a. die Möglichkeit einer Lösung mit Wärmebildkameras.

Herr Achilles meint, eine generelle Projektkritik sei hier nicht angebracht, da es sich um eine Technik handle, die hier vorgestellt werde. Bei der Datenverarbeitung mit der anfallenden Datenmenge, z. B. über eine Cloud, sei es ihm allerdings lieber, wenn die Daten bei der Stadt erhoben werden.

Frau Breuer wundert sich, dass im Ausschuss nicht rundum Zustimmung herrsche. In Zukunft werde es noch viele Straßenbaustellen geben, da könne man froh sein, wenn durch intelligente Steuerung die Luft verbessert werden könne. Es sei das Ziel des Antrags gewesen, den aktuellen Stand vorzustellen. Sie beantragt, den Beschluss dahingehend zu ändern, dass die Verwaltung gebeten wird, den Ausschuss erneut zu unterrichten.

Herr Blum äußert sich erfreut über den Antrag der Koalition, durch den man erfahren habe, welche Möglichkeiten es gibt und wie weit die Umsetzung vorangeschritten ist. Die Möglichkeiten seien vielfältig und erweiterungsfähig. Er unterstütze auch den Antrag auf erneute Behandlung des Themas. In Bezug auf den Redebeitrag des Herrn Fischer erklärt er, es werde immer Individualverkehr geben, unabhängig von der Antriebsart. Der Verkehr müsse verflüssigt und Staus verhindert werden. Das Problem sei nicht der fließende, sondern der stehende Verkehr.

Frau Schlierkamp schlägt vor, auch Fußgänger per Smartphone zu warnen.

Herr Pielen erklärt, die Vorschläge könne er gerne mit aufnehmen.

Herr Müller teilt ergänzend mit, die ÖPNV-Bevorzugung über intelligente Steuerung werde ebenfalls berücksichtigt.

Herr Nießen möchte klarstellen, dass die Grünen nicht per se gegen solche Systeme eingestellt seien, sondern sie würden nur sicherstellen wollen, dass die Radfahrer in ausreichendem Maße berücksichtigt werden. Es sollte nicht nur an der Effizienz der Straßen gearbeitet werden, sondern an der Verkehrswende. Hierzu könnten solche Systeme ein Mittel sein, also nicht nur der Verflüssigung dienen.

Herr Schulz stellt eine Frage bezüglich der Kosten und der Entscheidungssicherheit bei der Auswahl eines Systems, die Herr Pielen beantwortet.

Herr Ferrari stellt Einvernehmen über die Berücksichtigung des Antrags der Frau Breuer fest.
Der Ausschuss fasst sodann folgenden

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis *und bittet die Verwaltung um regelmäßigen Sachstandsbericht.*

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 5 Umgestaltung Pontstraße (Abschnitt zw. Driescher Gässchen und Pontdriesch) und Platz am Marienbongard

hier: Entwurfsplanung

Vorlage: FB 61/1339/WP17

Herr Mehlkopf hält einen Vortrag, der als Anlage erfasst ist.

Herr Lindemann dankt für den Vortrag, der bereits in der BV 0 und im Planungsausschuss gehalten worden sei; im letzten Gremium seien geänderte Empfehlungen ausgesprochen worden.

Man könne auf den Fotos sehen, dass sich einiges ändern müsse, auch die Aufenthaltsqualität. Es handele sich hier um eine Fußgängerzone, darauf liege der Schwerpunkt bei der Aufenthaltsqualität. Darüber sei diskutiert worden. Die Straße müsse barrierefrei ausgebaut und ein besserer Belag eingebaut werden, was dazu führen könne, dass Radfahrer schneller fahren; hinzu komme das Gefälle, so dass die Schrittgeschwindigkeit sehr schnell überschritten werden könne. Man habe sich beraten und überlegt, den Radverkehr dort herauszunehmen. Das entspreche zwar nicht dem Radentscheid. Es gebe aber parallel Möglichkeiten für Radfahrer. Es sei nicht immer möglich, allen Verkehrsteilnehmern gleichzeitig gerecht zu werden.

Die Frage des Herrn Lindemann, ob die Anregungen der Kommission Barrierefreies Bauen zu diesem TOP, u. a. die Führung eines beidseitigen Leitsystems, berücksichtigt werden, beantwortet Herr Mehlkopf. Der Leitstreifen soll aus Sicht der Verwaltung nur einseitig geführt werden; das entspreche in Fußgängerzonen dem Standard.

Frau Rhie spricht in Bezug auf den Platz am Marienbongard die Rolle der RWTH an. Der Rektor habe gesagt, die RWTH wolle auch für eine Steigerung der Aufenthaltsqualität in ihrem Umfeld sorgen. Herr Mehlkopf teilt hierzu mit, in der nächsten Woche werde ein Termin mit Vertretern der RWTH stattfinden, bei dem dieses Thema angesprochen werden soll.

In Ergänzung des Beitrags des Herrn Lindemann berichtet Frau Rhie, über den Charakter der Straße habe man sich in der Koalition Gedanken gemacht und man sei der Meinung, diese sollte für den Fußgänger gestaltet und die Radfahrer umgeleitet werden. Für den Radweg sollen wiederum die hohen Standards eingehalten werden im Sinne der Radvorrangrouten.

Herr Nießen stellt den Antrag, die beiden Stellplätze, die erhalten bleiben sollen, als Behindertenparkplätze zu gestalten.

Herr Blum sieht die Pontstraße als eine der beliebtesten Straßen der Innenstadt mit hoher Aufenthaltsqualität und viel Gastronomie, das könne man besonders auch am Wochenende beobachten. Seine Fraktion spreche sich daher vehement gegen die Nutzung durch Radfahrer aus.

Eine Frage des Herrn Klopstein zur Führung der Leitstreifen am Marienbongard beantwortet Herr Mehlkopf.

Herr Achilles ist der Meinung, wenn die Pontstraße allein von Fußgängern genutzt werden soll, müsse man sich auch über Ladezeiten unterhalten, denn diese könnten auch zu Konflikten führen. Er fände es nicht so kritisch, wenn auch Radfahrer diese Straße nutzen dürften. Diejenigen, die schnell fahren wollen, würden diese Straße sowieso umgehen.

Der Vorsitzende Herr Ferrari fasst die Vorschläge bzw. Anträge zusammen und lässt darüber abstimmen. Es ergeht der folgende

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis. Er fasst auf Grundlage der vorgestellten Entwurfsplanung den Planungsbeschluss für den Umbau der Pontstraße und beauftragt die Verwaltung mit der Ausführungsplanung, *unter Berücksichtigung der folgenden Anregungen aus dem Ausschuss:*

- *Die Pontstraße soll Fahrrad frei werden.*
- *Der Platz am Marienbongard soll größer und mit mehr Aufenthaltsqualität gestaltet werden.*
- *Die beiden Stellplätze, die erhalten bleiben, sollen als Behindertenparkplätze gestaltet werden.*

Abstimmungsergebnis:

einstimmig bei 3 Enthaltungen

**zu 6 Sichere Querungsmöglichkeit auf der unteren Lütticher Straße;
Antrag der CDU- und SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung Aachen-Mitte vom 23.05.2019
Vorlage: FB 61/1341/WP17**

Herr Müller hält einen Vortrag, der als Anlage eingestellt ist.

Auf die Frage des Herrn Blum, warum die Variante 2 vorgeschlagen wird, wenn es rechtlich fraglich ist, erklärt Herr Müller, dass es keine festen Grenzwerte gebe, so dass es kein Ausschlussgrund sei.

Frau Conradt erläutert den Beschluss der BV Aachen-Mitte, die den Planungsbeschluss für eine Variante mit Fußgängerüberweg in Richtung Morillenhang empfohlen hat. Dies würde der Variante 3 entsprechen.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis. Er fasst den Planungsbeschluss für Variante 3.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**zu 7 Försterstraße - Straßenerneuerung nach Regionetzmaßnahme
Vorlage: FB 61/1290/WP17**

Gemäß Beschluss in TOP I/1 wurde dieser TOP vertagt.

**zu 8 Erneuerung Hasbach, Ausführungsbeschluss
Vorlage: FB 61/1353/WP17**

Dieser TOP wurde gemäß Beschluss in TOP I/1 ebenfalls vertagt.

**zu 9 Bericht über die Maßnahmen der dritten anlassbezogenen Sitzung der Unfallkommission
für das Jahr 2018
Vorlage: FB 61/1349/WP17**

Ohne Aussprache ergeht der folgende

Beschluss:

MA/56/WP.17

Ausdruck vom: 16.04.2020

Seite: 15/19

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 10 Sachstandsbericht Baustellenkoordination

Tagesordnungsantrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 26.11.2019

Es wird mündlich berichtet.

Frau Ernst berichtet zum Sachstand; die Präsentation ist als Anlage zur Niederschrift eingestellt. Sie beantwortet eine Frage des Herrn Blum. Grundsätzlich sei die Zusammenarbeit mit dem Landesbetrieb Straßenbau gut, es könne aber nicht ausgeschlossen werden, dass das ein oder andere Mal in der Kommunikation eine Lücke aufgetreten sei.

Frau Rhie erläutert den Grund für den Tagesordnungsantrag der Koalition, nämlich das subjektive Empfinden der Bürger gegenüber der Führung der Baustellen. Sie finde die Erläuterungen zwar nachvollziehbar, es sollte nach außen aber auch so koordiniert und kommuniziert werden, dass nicht der Eindruck von willkürlichen Vollsperrungen entstehe. Es sei für die Politiker oft schwer gegenüber den Bürgern zu vermitteln.

Herr Klopstein stellt eine Frage zu einer Maßnahme der Regionetz, die Frau Ernst weiterleiten wird. Die Frage, ob es für Radfahrer Ausnahmen bei Vollsperrungen geben kann, z. B. nachts, verneint sie aus rechtlichen Gründen.

Frau Breuer spricht besonders die kleineren Baustellen an, wo man tagelang niemanden sehe, die aber Staus mitten in der Stadt verursachen. Dafür hätten die Menschen kein Verständnis.

Frau Ernst erklärt, das entsprechend weiterzugeben, z. B. an die Regionetz.

Herr Fischer erkennt zwar eine Koordinierung an, es fehle ihm aber eine strategische Koordinierung, bei der versucht werde, alle Baustellen zu bündeln. Er wünsche sich mehr Rechte und Möglichkeiten für die Straßenverkehrsbehörde; eine Anhörung sei ihm zu wenig. Notbaustellen müssten sein, aber sie müsste zur Not auch Baustellen verbieten bzw. verschieben können. Auch die ASEAG sollte einen direkten Draht zu der bauausführenden Firma haben.

Frau Ernst berichtet, Infrastrukturgespräche würden u. U. Jahre im Voraus geführt. Wenn die Stadt nur angehört werde, liege das an den rechtlichen Voraussetzungen, z. B. weil sie nicht Straßenbaulastträger für eine Straße sei. Anhörung bedeute, dass man die Straßenverkehrsbehörde ernst nehme. Die ASEAG sei immer mit dabei und werde von der Stadt Aachen unterstützt.

Der Ausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

zu 11 Krugenofen

Abrechnung der als Hauptverkehrsstraße ausgebauten Erschließungsanlage gemäß § 8 KAG NW zum Zwecke der Erhebung von Beiträgen

Hier: Neuberechnung aufgrund der 1. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG NRW

Vorlage: B 03/0154/WP17

Herr Larosch erklärt, bekanntlich sei die 1. Änderungssatzung der städtischen Beitragssatzung vom Rat am 18.12.2019 gefasst worden. Er kündigt an, dass noch weitere zurückgestellte Abrechnungsvorlagen eingebracht werden müssten.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Neuberechnung der gerundeten Beitragssätze aufgrund der 1. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG NRW zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 12 Mitteilungen der Verwaltung

Folgende Mitteilungen der Verwaltung liegen schriftlich vor und sind als Anlage einsehbar:

- Mobilitätsereignisse 2020

Frau Burgdorff erklärt, die Verwaltung sei gebeten worden, diese Liste zu erstellen. Sie bittet um Meldungen, falls der Entwurf noch ergänzt werden soll.

-Landeswettbewerb Mobil.NRW – Modellvorhaben innovativer ÖPNV im ländlichen Raum, Projektskizze „NetLiner Aachen-Nord“

(Mitteilung und Karte)

-Auszug aus der Niederschrift der Sitzung der Kommission Barrierefreies Bauen

(zu den TOP 1/4, 5 und 8)

Mündliche Mitteilungen der Verwaltung:

-Motel One am Theaterplatz

MA/56/WP.17

Ausdruck vom: 16.04.2020

Seite: 17/19

Frau Burgdorff stellt in Aussicht, dass hierüber in einer der nächsten Sitzungen berichtet werden soll.

-Spritzschutzvorrichtung am Adalbertsteinweg/ Bushaltestelle Scheibenstraße stadteinwärts

Herr Müller berichtet, dass diese Bushaltestelle, die sich in Mittellage befinde, noch nicht freigegeben werden könne, da die Spritzschutzwand noch nicht errichtet worden sei. Für die nächsten Wochen würden die Busse deshalb noch ersatzweise am Fahrbahnrand halten müssen.

zu 13 Sachstandsbericht zur Mittelverwendung "Maßnahmenpaket Dieselgipfel" und "Emissionsfreier Innenstadtverkehr"

Vorlage: FB 61/1375/WP17

Herr Costard hält einen Vortrag, der als *Anlage zur Niederschrift* erfasst ist. Die Vorlage liegt als Tischvorlage vor und ist mittlerweile auch als *Anlage zur Tagesordnung* einsehbar.

Er beantwortet anschließend eine Frage des Herrn Fischer zu weiteren Fördermitteln.

Frau Breuer bedankt sich für den Vortrag und die Vorlage. Sie finde, die Politik habe einen großen Anteil daran. Man könne sich auch mal loben und das durchaus nach außen vermitteln.

Herr Costard erklärt ergänzend, bisher habe man die Planungsphase durchlaufen und befinde sich nun in der Umsetzungsphase, wobei schon vieles umgesetzt sei.

Es ergeht der folgende

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Der Vorsitzende beendet den öffentlichen Teil der Sitzung um 20.27 Uhr.